

von  
Ma. Cristina V.  
Rodriguez  
(Übersetzt  
von Emmalyn  
Liwag Kotte)

Die Autorin arbeitet freiberuflich u.a. als Redakteurin für philippinische Nichtregierungsorganisationen in Manila. Sie war früher eine leitende Redakteurin bei einer philippinischen Nachrichtenagentur.

# Der Kampf um die Pressefreiheit

## Verleumdungsklagen und ihre abschreckenden Wirkungen

Verleumdungsklagen gehörten schon immer zu den Risiken von Journalisten. »Zum Frühstück essen wir Verleumdungsklagen« sagte der verstorbene Isagani Yambot, um die Situation in der Philippine Daily Inquirer (PDI) zu beschreiben. Die überregionale Tageszeitung, wo er bis zu seinem Tod 2012 als Herausgeber arbeitete, hat schon über 100 Verleumdungsklagen erhalten.

Aber auch der zuversichtliche Yambot verlor seine Gelassenheit, als er 2007 zusammen mit sieben leitenden Redakteuren seiner Zeitung wegen einer Verleumdungsklage in einem Polizeirevier für eine Stunde festgehalten wurde. Jose Miguel Arroyo<sup>1</sup> reichte die Anklage 2006 ein.

Arroyo hat 11 Verleumdungsklagen eingereicht, womit er Journalismusgeschichte in den Philippinen geschrieben hat. Betroffen waren 46 Personen, einige von ihnen wurden mehrmals angeklagt. Die Zeitungen Inquirer, Malaya, Tribune, Bandera, die Zeitschrift Newsbreak, die online Inquirer website INQ7.net sowie die Brüder Ramon, Erwin und Raffy Tulfo waren betroffen. Damit verbunden war ein Schadensersatzanspruch von insgesamt 152 Millionen Pesos.

Arroyo hat behauptet, dass die Artikel, über die er sich beklagte, falsch und mit Bosheit geschrieben waren und er den Schutz des Gesetzes als ein privater Bürger verdiene. Aber die meisten Mediengruppen, einschließlich mehrerer internationaler Medienorganisationen, haben Arroyos Klagen als Belästigung, Machtmissbrauch und Bedrohung gegen die Demokratie interpretiert.

Der landesweite Journalisten-Verband *National Union of Journalists of the Philippines* (NUJP) hat die Klagen als einen Missbrauch des Verleumdungsgesetzes bezeichnet und hat Arroyo gebeten, »die Vorwürfe gegen ihn anständig in einem öffentlichen demokratischen Diskurs zu erwidern«.

Der NUJP hat eine Unterschriftenkampagne im Oktober 2006 gestartet, um gegen die Anklagen von Arroyo zu protestieren, die von Hunderten unterschrieben wurden.

Das CMFR – *Center for Media Freedom and Responsibility*<sup>2</sup> – sagte in einer Stellungnahme, dass die Anklage von Arroyo nicht nur den Verlust von Pressefreiheit verursacht, sondern auch die »philippinische Demokratie bedroht«.

Mindestens drei internationale Mediengruppen äußerten die gleiche Kritik gegen Arroyo. Die in Paris ansässige Menschenrechtsorganisation *Reporter ohne Grenzen* (ROG) erklärte, dass Arroyo »einen langen Schatten über die investigative und unabhän-

gige Presse« in den Philippinen warf (Media Groups, 2006).

Die Brüsseler *Internationale Föderation von Journalisten* (IFJ) und das in New York ansässige *Committee to Protect Journalists* (CPJ)<sup>3</sup> äußerten die gleiche Kritik.

### Rechtliche Streitpunkte

Arroyos Anklagen und die Sammelklage<sup>4</sup>, die sie hervorriefen, haben viel Aufmerksamkeit auf etliche rechtliche Streitpunkte über Verleumdung gelenkt, nämlich Pressefreiheit und wie viel Rechtsschutz die philippinische Presse genießt; die *public figure*-Doktrin und Verleumdung als Straftat.

Verleumdungsgesetze in den Philippinen haben hauptsächlich die Absicht, den Ruf von Privatpersonen zu schützen.

Die Verfassung garantiert die Pressefreiheit, Redefreiheit und Meinungsfreiheit. Artikel III, Abschnitt 4 der Verfassung bestimmt, dass »kein Gesetz verabschiedet werden soll, das die Rede-, Meinungs- und Pressefreiheit einschränkt«. Abschnitt 18 desselben Artikels ordnete an, dass »keine Person allein aufgrund ihrer politischen Einstellung oder Bestrebungen inhaftiert werden soll.«

Eine Entscheidung aus 1918, die für die philippinische Jurisprudenz immer noch als Orientierungshilfe dient, ist unter Rechtsanwälten bekannt als »Vereinigte Staaten gegen Bustos«. Sie erklärt, warum es wichtig ist, Redefreiheit zu sichern, und warum Regierungsbeamte dem kritischen Auge der Öffentlichkeit unterworfen werden müssen: »Das öffentliche Interesse und die Erhaltung einer guten Regierungsführung fordern eine umfassende Diskussion von öffentlichen Angelegenheiten ...«

Dieselbe Entscheidung erklärt zwei Konzepte, die für die Redefreiheit notwendig sind: keine vorherige Einschränkung und keine nachfolgende Strafe für die Äußerung von Meinungen. Der Staat kann solche Beschränkungen nur dort verhängen, wo »es eine klare und gegenwärtige Gefahr gibt«, so dass der Kongress dann ein Recht hat, ein die Redefreiheit einschränkendes Gesetz zu verordnen, um diese zu verhindern.

Eine Entscheidung der Vereinigten Staaten von 1964, allgemein bekannt als der Fall *New York Times* gegen *Sullivan*, hat die Verteidigung von Medien gegen Verleumdungsklagen weiter gestärkt, als definiert wurde, dass die »aufrichtige Kritik des Verhaltens von öffentlichen Beamten und Personen des öffentlichen Lebens möglich sein soll, ohne Verleumdungsklagen nach sich zu ziehen...«

Damit Verleumdung strafrechtlich verurteilt werden kann, müssen vier Elemente gleichzeitig auftreten: diffamierende Anschuldigung, Böswilligkeit, Publizität oder Veröffentlichung und ein identifizierbares Zielobjekt (*Revised Penal Code*, Artikel 353, 354 und 355).

Mehrere Entscheidungen des Obersten Gerichts (Supreme Court) haben die Rahmenbedingungen für Verleumdung weiter verdeutlicht.

Eine Entscheidung vom Januar 1999 (Fall Boral gegen das Berufungsgericht – Court of Appeals) erweiterte die Definition von »public figures« auf »öffentliches und offizielles Verhalten einer Privatperson, wodurch die Belange der Allgemeinheit betroffen sind«.

Das Oberste Gericht verkündete im September 1999 eine Entscheidung (Vasquez gegen Berufungsgericht), womit es erläuterte, dass die Kritik von öffentlichen Beamten erlaubt ist, wenn die Taten der Letzteren bewiesen werden können oder wenn es eine Basis für die Kritik gibt.

### Abschreckende Wirkung

Eine Verleumdungsklage – ein Verbrechen auf den Philippinen, wofür man eine Gefängnisstrafe erhalten kann – schafft tatsächlich eine abschreckende Wirkung, besonders auf investigative Journalisten.

Wegen einer Verleumdungsklage, die der Gouverneur Luis »Chavit« Singson« von Ilocos Sur 2005 einreichte, wurde die ausgezeichnete Enthüllungsjournalistin Gemma Bagayaua 21 Stunden lang in einem Polizeirevier in der Stadt Pasig festgehalten.

Marites D. Vitug, Chefredakteurin der Zeitschrift *Newsbreak*, hatte in den 1980er Jahren ihre erste Erfahrung wegen Verleumdung verklagt zu werden. In der Zeit arbeitete sie freiberuflich, hatte aber schon eine zehnjährige Journalistinnenkarriere hinter sich.

»*Newsbreak* hat den strittigen Artikel sorgfältig vorbereitet und geschrieben«, sagte Vitug. »Die Botschaft, die wir bekommen, ist die: Egal wie verantwortlich Journalisten sind, sie können nicht mehr erwarten, rechtlich geschützt zu werden.«

Es gibt andere Sorgen, wie zum Beispiel die Mittelbeschaffung für die juristische Verteidigung. Einige Medienorganisationen können die Kautions- und Anwaltskosten bezahlen, aber nicht alle können es sich leisten.

Während eine kleine Anzahl von Rechtsanwälten – beispielsweise *Free Legal Assistance Group* – gebührenfreie Leistungen für angeklagte Journalistinnen anbieten, fordern andere Rechtsanwälte maßlos überhöhte Gebühren, die schlecht bezahlte Journalistinnen kaum leisten können.

Sicherlich bezieht sich die abschreckende Wirkung in erster Linie auf die Freiheitsstrafe, die mit

der Verleumdungsklagen verbunden ist. Die Angeklagte wird nicht nur zu einer Geldstrafe verurteilt, da Verleumdung in den Philippinen eine Straftat ist. Sie wird auch mit einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten und einem Tag bis zu sechs Jahren ohne Bewährung (Artikel 353 *Revised Penal Code*) bestraft.

Die Befürworter der Pressefreiheit CMFR und NUJP haben kürzlich Diskussionen über die Abschaffung des Straftatbestandes der Verleumdung in den Philippinen aufgenommen.

Internationale Medienorganisationen, einschließlich der IFJ, Artikel 19, der Menschenrechtsorganisation *Reporter Ohne Grenzen*, des *UNO-Sonderberichterstatters zum Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung* und der *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (OSZE) sprachen sich gegen die Kriminalisierung von Verleumdung aus.

Diese Gruppen haben gefordert, dass alle gesetzlichen Bestimmungen über Verleumdung als Straftatbestand abgeschafft oder aufgehoben und, wo zutreffend, mit geeigneten zivilrechtlichen Maßnahmen ersetzt werden. (IFJ, 2005)

IFJ-Präsident Christopher Warren sagt, dass eine Verleumdungsklage effektiv einen angeklagten Journalisten zum Schweigen bringt. Wenn er für schuldig erklärt und verurteilt wird, verliert ein Journalist

### ■ Aquino verteidigt Cybercrime-Gesetz

Der philippinische Präsident Benigno Aquino hat ein umstrittenes Cybercrime-Gesetz verteidigt, nachdem der oberste Gerichtshof am 18. Februar 2014 dessen Rechtmäßigkeit bestätigte. Das Gesetz bestraft Online-Verleumdung, und Kritiker behaupten, dass es die Internetfreiheit einschränken könnte.

Das *Cybercrime Protection Act* wurde 2012 verabschiedet, um Online-Betrug, Identitätsdiebstahl, Spamming und Kinderpornografie zu bekämpfen, jedoch wurde seine Umsetzung eingestellt, nachdem Kritiker es angefochten hatten.

Nach der neuen Entscheidung des Obersten Gerichtshofs ist eine der umstrittensten Bestimmungen des Gesetzes, die Online-Verleumdung unter Strafe stellt, »nicht verfassungswidrig«.

Laut Aquino wird das Gesetz nicht verwendet, um abweichende Meinungen zu unterdrücken.

Es wird aber behauptet, dass das Gesetz der Regierung umfassende Befugnisse gibt, um die Internetfreiheit zu beschränken, weil es lange Haftstrafen für Online-Verleumdung ermöglicht.

Die Gegner des neuen Gesetzes könnten immer noch Einspruch erheben, aber das Oberste Gericht macht nur selten seine Entscheidungen rückgängig.

Quelle: [www.interaksyon.com](http://www.interaksyon.com), 19. Februar 2014

seine Freiheit, sein Einkommen und seine Karriere. Dies bedeutet auch eine Belastung für die Familie, da er als Verbrecher bezeichnet wird.

Die Klage hat eine abschreckende Wirkung auf die KollegInnen der Journalisten, fördert Selbstzensur und breite Angst über eine ganze Medienbranche aus (*Decriminalizing Defamation*, 2005).

Alternativen, die angeboten werden, um den Ruf der Geschädigten zu schützen, schließen die Förderung von angemessenen Rechtsmitteln sowie zivilrechtliche Sanktionen ein. Zusammen mit verbesserter journalistischer Ausbildung kann dies die Förderung von Presseräten und schnelle öffentliche Entschuldigung sein.

## Anmerkungen

1. Jose Miguel Arroyo ist der Mann der früheren philippinischen Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo. Alle hier erwähnten Verleumdungsklagen hat er 2007 zurückgezogen. Viele der Fälle beziehen sich auf die Vorwürfe, dass er geholfen habe, die viel umstrittenen Wahlen von 2004 zu manipulieren – eine Anschuldigung, die er abgestritten hat. Arroyos Entscheidung, seine Verleumdungsklagen zurückzuziehen, wurde Berichten zufolge getroffen, weil er dankbar war, eine Herzoperation mit geringer Überlebensquote zu überleben. In Erwiderung erklärte der NUJP, dass der philippinischen Presse und den verklagten JournalistInnen alle Anerkennung gebührt, die sich geweigert haben, sich einschüchtern zu lassen.
2. *Center for Media Freedom and Responsibility* (CMFR) wurde 1989 als eine gemeinnützige Organisation gegründet, um die verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren in der Aufgabe einzuschließen, die Presse und die Nachrichtenmedien als eine Säule der demokratischen Gesellschaft aufzubauen. website: <http://www.cmfr-phil.org/about/>
3. Das *Committee to Protect Journalists* (CPJ) ist eine in den Vereinigten Staaten ansässige gemeinnützige Nichtregierungsorganisation, die sich weltweit für Pressefreiheit und die Menschenrechte von Journalisten einsetzt. <http://www.cpj.org/>
4. Drei Medienorganisationen (NUJP, CMFR und *Philippine Center for Investigative Journalism*) und 40 JournalistInnen legten eine Sammelklage gegen Jose Miguel Arroyo am 28. Dezember 2006 im Makati Regional Trial Court vor. *S. Court allows continuation of class action suit by journalists against president's husband*, CMFR/IFEX, 21 January 2008 Web: [http://www.ifex.org/philippines/2008/01/21/court\\_allows\\_continuation\\_of\\_class/](http://www.ifex.org/philippines/2008/01/21/court_allows_continuation_of_class/)

Der Beitrag ist eine gekürzte Fassung des Originaltextes aus *Philippine Journalism Review*, Juni 2007, CMFR



## Jetzt erhältlich...

Die vierte und vollständig überarbeitete Neuauflage des »Handbuch Philippinen« ist jetzt erhältlich. Das Buch liefert tiefe Einblicke in Geschichte und Gegenwart, Land und Leute. Es verdichtet Informationen zu zentralen gesellschaftspolitischen Problemfeldern in zahlreichen Beiträgen geschrieben von langjährigen PhilippinenkennerInnen.

Bestellen sie unter [vertrieb@asienhaus.de](mailto:vertrieb@asienhaus.de).

Niklas Reese, Rainer Werning (Hg.): Handbuch Philippinen.  
Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur.  
isbn 978-3-8950-2339-2 • 495 seiten • € 19,90 (D)